

katholischen Afrikanern, die etwa 10% der farbigen Bevölkerung Rhodesiens ausmachen, fortzusetzen. Wenn es aber tatsächlich zu einer Schließung der Missionsschulen und Missionskrankenhäuser kommen sollte, so sei dafür, wie die Bischöfe in ihrer jüngsten Erklärung versichern (vgl. NC News Service, 5. 5. 70), allein die Regierung mit ihrer Politik der Diskriminierung der afrikanischen Bevölkerung verantwortlich. „Es ist nicht in unsere Wahl gestellt... Die Entscheidung liegt bei der Regierung.“ Schon habe man mit den Leitern der verschiedenen Missionseinrichtungen beraten und sei übereingekommen, „je nach der Antwort der Regierung“, entweder das bisherige Wirken fortzusetzen oder aber „einen Tag festzusetzen, an dem dieses abgebrochen werden muß“. Damit ist der Standpunkt der Kirche in Rhodesien gegenüber der Regierung klar definiert. Aber was kann darüber hinaus von seiten der Bischöfe — selbst wenn sie der Unterstützung und Solidarität der führenden Männer der meisten übrigen christlichen Bekenntnisse in Rhodesien gewiß sein können — denn wirklich geschehen, um die bevorstehenden Maßnahmen der Regierung abzuwenden, mit denen jahrzehntelange mühsame und opfervolle Aufbauarbeit in den Missionen vernichtet würde?

Der Lutherische Weltbund vor Porto Alegre

Als die Vierte Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes (LWB) 1963 in Helsinki unter der Losung „Christus heute“ mit großem Eifer versuchte, die Substanz des Lutheriums, Luthers Rechtfertigungslehre, für den Menschen von heute zu aktualisieren, war man nach dem Urteil von Landesbischof H. Lilje, der das Beste daraus zu machen bemüht war, gescheitert. Damit war auch die gewünschte Konsolidierung des LWB bzw. die Heranziehung der rund drei Millionen Lutheraner der orthodoxen Missouri-Synode nicht gelungen (vgl. Herder-Korrespondenz 18. Jhg., S. 17f.). Damals wurde beschlossen, den Versuch auf der Fünften Vollversammlung zu wiederholen, diesmal im „Missionsgebiet“ Lateinamerika. Man folgte bald einer Einladung der lutherischen Minderheitenkirche in Brasilien, de-

„Blutige Revolutionen“, wie sie von oppositionellen (meist farbigen) Gruppen, die untereinander zerstritten sind, gefordert und von den „Freiheitskämpfern“ vorbereitet werden, würden, wenn überhaupt, dann gewiß nicht unter Führung der Kirche entfacht werden. Auch das weiß die Regierung. So bleibt der Kirche nur der mutige Protest gegen die Diskriminierung dieser Art von „schweigender Mehrheit“ und die geduldige Kleinarbeit auf dem Erziehungssektor.

Dieser Protest wird von ökumenischen Instanzen kräftig unterstützt. In der eingangs erwähnten Erklärung der leitenden Amtsträger des Ökumenischen Rates in Oslo (sie ist vom Vorsitzenden des Zentralausschusses, M. M. Thomas, dessen Stellvertreter, Frau P. M. Webb, und dem Generalsekretär des Rates, E. C. Blake, unterzeichnet) werden die Christen in aller Welt aufgerufen, „die Vorgänge in Rhodesien wachsam zu verfolgen“, damit sie die vom Smith-Regime — das nicht einmal „völkerrechtlichen Status“ besitze — verfolgte Unterdrückungspolitik verurteilt und die von den Vereinten Nationen empfohlenen Maßnahmen ergreifen, die auf die Unterbindung dieser unmoralischen und gefährlichen Entwicklung hinzielen“ (vgl. Dokumentation der ÖRK, Nb/16 bis 70).

ren Kirchwerdung aus bis dahin selbständigen Synoden 1954 begonnen hatte und erst 1968 ihren Abschluß in einer Verfassung fand mit der Gründung der „Kirche Jesu Christi im Vaterland“ (anders: „Evangelische Kirche lutherischen Bekenntnisses in Brasilien“ = EKIB, mit portugiesischen Initialen IECLB). Sie zählt rund 800 000 Seelen und lebt hauptsächlich in ländlichen Siedlungen und nur zum geringen Teil in den Städten, wo sie kaum lösbare Probleme vorfindet und von anderen missionarisch begabteren Kräften, vor allem den Pfingstlern, aber auch von Teilen des jungen katholischen Klerus überholt wird.

Der brasilianische Hintergrund

Als die Einladung an den LWB erfolgte und angenommen wurde, als

man das Generalthema „Gesandt in die Welt“ konzipierte und theologisch auf Kommissionen aufgliederte, ahnte niemand, daß sich inzwischen eine weitere Militärdiktatur in Brasilien etablieren werde (vgl. Herder-Korrespondenz 23. Jhg., S. 227f.) und daß die sozialen und politischen Spannungen an den Rand einer Revolution führen können und man gerade im Augenblick der Weltbundtagung drauf und dran ist, sich zu einem der innenpolitisch spannungsreichsten Länder zu entwickeln. Erst Mitte April hat E. C. Blake in einem in der Presse leider fast untergegangenen Schreiben an U Thant Brasilien mit Griechenland, der UdSSR, der ČSSR und den USA (!) und Rhodesien unter die elf Länder gezählt, aus denen „Berichte über Verletzungen von grundlegenden staatsbürgerlichen und religiösen Rechten und Menschenrechten“ vorlägen (vgl. den Wortlaut in öpd, 23. 4. 70). Der katholische Erzbischof der Tagungsstadt Porto Alegre, der deutschstämmige Kardinal A. V. Scherer, der seit langem um eine ausgleichende Haltung zwischen revoltierenden katholischen Studenten und Geistlichen und dem Militärregime bemüht war, erklärte zwar im Anschluß an eine Europareise, er habe versucht, europäische Übertreibungen über Brasilien zu korrigieren, könne aber trotz Antibrasilienkampagne Mißstände nicht leugnen. Während sich aber der römisch-katholische Episkopat angesichts zunehmender Verwicklungen zwischen Polizei und Klerus allmählich vom Regime distanzieren und übrigens vom 27. bis 31. Mai 1970 in der Hauptstadt Brasilia, sechs Wochen vor der Vollversammlung der Lutheraner in Porto Alegre, einen Nationalen Eucharistischen Kongreß abhält, zu dem der Papst eingeladen wurde, hat der erst Ende 1969 gewählte neue Präsident der EKL, Pastor K. Gottschald, dem sozialkonservativen Trend der Mehrzahl seiner Gemeinden folgend, sich für das Militärregime ausgesprochen, auf dessen Toleranz er angewiesen ist. Er scheint sich sogar darauf eingelassen zu haben, dem Diktator während des Kongresses (14. bis 25. Juli 1970) das Wort zu einer Begrüßung zu erteilen.

Diese Nachricht hat Ende April 1970 zu ernststen Gewissensappellen seitens anderer protestantischer Kirchen an den LWB geführt, er möge angesichts der vermutlich begrenzten Redefrei-

heit die Weltbundtagung kurzfristig absagen (LWB-Pressedienst, 23. 4. 70). Schon vorher waren dem Stab des LWB in Genf Bedenken gekommen, ob es klug sei, die gastgebende Kirche bei ihrer Einladung zu behaften, nachdem der neue Präsident Brasiliens den Kongreß aufgelöst hat und eben so manches im Lande vorkommt, worüber man in Porto Alegre nicht gut schweigen könnte, zumal da sich die lutherische Jugend vorher in Recife, am Sitz des Erzbischofs *Hélder Câmara*, trifft. Was solle man der Ortskirche anbieten, um ihr Selbstbewußtsein zu heben? Die meisten Gemeinden lägen weit verstreut im Land und würden vom Weltbund kaum etwas erfahren. Ihnen seien die Kosten für die Heilung eines Kindes durch einen entfernten Arzt wichtiger als theologische Deklamationen. Die Mehrzahl der rd. 280 Pfarrer arbeitet in Koloniegemeinden, die im „Teufelskreis der Armut“ stecken und sich einen gesunden Gemeindeegoismus für ihr selbstgeschaffenes oder durch Gelder aus Deutschland oder Nordamerika unterhaltenes Schulwesen bewahrt haben. Eine Kirche, die keine Experimente braucht, zumal da sie erst Ende Oktober 1968 verfaßt wurde. Ihr Schwerpunkt liegt nach wie vor in den Synoden und einem konservativen Gemeindeleben (vgl. LWB-Pressedienst 11. 3. 70).

Die Zweifel wachsen

An alle diese Probleme hatte man bei der theologischen und organisatorischen Vorbereitung nicht genügend gedacht, wohl auch nicht daran, daß die Missourisynode aus den USA in Brasilien streng lutherische Gemeinden aufgebaut und zu einem geschlossenen Verband gefügt hat, also schon deshalb sogar konfessionelle Konflikte möglich sind, die in Helsinki nicht bereinigt wurden. Die EKLb ist in den Augen vieler Lutheraner eher eine Unionskirche deutscher Art geworden und wird daher verdächtigt. Ganz zu schweigen davon, daß alle Konfessionskirchen alter Prägung inzwischen von der stürmisch wachsenden *Pfingstbewegung* überflügelt werden, die zwei Drittel aller Nichtkatholiken im Lande umfaßt und allein es versteht, sich der ärmsten Volksschichten anzunehmen. Sie wurde überdies als eine neue dynamische Potenz 1969 in den Weltrat der Kirchen aufgenommen. Sie ist

eine schwere missionarische Herausforderung für den LWB, vor allem in den Städten Brasiliens, und er gilt in ihren Augen wie alle Mitgliedskirchen des Weltrates für „neokolonialistisch“. Wenn eine Kirche außer der Pfingstbewegung die Kraft habe, die Zukunft zu gestalten, dann sei es die römisch-katholische Kirche, die endlich die Herausforderung der sozialen Revolution erkenne und sich erneuere. Der Weltrat der Kirchen solle von ihr lernen. So schrieb ein Experte des Genfer Stabes für Lateinamerika in „The Christian Century“ (18. 3. 70, S. 320—323).

Noch ernstere Zweifel meldete der Genfer Religionssoziologe *Chr. L. d'Epina*y an, der zur Zeit in Buenos Aires die südamerikanische Gruppe von „Kirche und Gesellschaft“ für den Weltrat analysiert. Er sagte offen, die lutherische Kirche könne sich nicht von den Grundlagen paternalistischer Machtstruktur trennen und übe eine „Bremsfunktion“, ja eine „reaktionäre Rolle“ in der gegenwärtigen Umwälzung aus. (Eine vorsichtige Orientierung gibt *J. O. Ohler*: „Eine Kirche der Armen läßt ein. Der Zustand der lutherischen Kirche in Brasilien“. In: „Lutherische Monatshefte“, Mai 1970, S. 242 bis 245. Auch Ohler zeigt sich voller Sorgen und Bedenken, ob Porto Alegre jetzt der rechte Ort für eine Weltbundtagung sei.)

Wesentlich vom theologischen Standpunkt aus beurteilt ein Mitglied des Genfer Stabes des LWB, *Chr. Walter*, (über „Lutherische Theologie am Scheidewege“, in: „Evangelische Kommentare“ Mai 1970, S. 276 bis 278) kritisch die Frage nach der theologischen Substanz, und ob sie für Porto Alegre ausreiche. Er rechnet angesichts neuer theologischer Strömungen im Luthertum mit einer Zerreißprobe und fürchtet, daß die Weltbundtagung hinter den Ergebnissen von „Kirche und Gesellschaft“ Genf 1966 und von Uppsala 1968 herhinke, ohne der einladenden Kirche zu nützen. Er verweist auf die Veröffentlichung der Berichte der Theologischen Kommission unter dem Titel „Humanität und Herrschaft Christi“ (1970) und meint, man könne es der Kirche am Ort nicht zumuten, solche Spannung auszuhalten.

Wie entscheiden die Praktiker?

Der erste offizielle Anstoß dazu, die „äußerst riskante Veranstaltung auf

der Basis eines sehr unsicheren Lokalluthertums“ abzusagen, ging Ende April von Bischof *H. O. Wölber* aus. Er forderte eine nüchterne Entscheidung und begründet dies mit Zweifeln an der Kraft des LWB, eine Veranstaltung an einem Ort höchster sozialer Spannungen im gegenwärtigen Zeitpunkt zu bestehen (LWB-Pressedienst 30. 4. 70). Andere sagten es deutlicher, die Ortskirche werde durch Kritik des Weltbundes an den Zuständen in Brasilien gefährdet. Dem widersprach der Emissär der EKLb in Genf, Pastor *G. Tornquist* von Porto Alegre, mit der Versicherung, seine Kirche habe die volle Unterstützung der Regierung, und Präsident *G. Medici* wolle sich direkt an die Versammlung des LWB wenden (NC News Service, 8. 5. 70). Damit hat er aber die Befürchtungen nur gesteigert.

Es blieb beim Beschluß

Eine Tagung der deutschen Teilnehmer an der Weltbundkonferenz von Porto Alegre versuchte Anfang Mai in Arnoldshain, durch eine Reihe von Fragen und Forderungen an die Regierung von Brasilien die Handlungsfreiheit zu sichern (epd, 4. 5. 70). Der deutsche Nationalausschuß des LWB hatte zur gleichen Zeit Bedenken angemeldet. Die holländischen Lutheraner drohten mit einem Verzicht auf Teilnahme. Inmitten der sich ausbreitenden Abneigungen gegen die Veranstaltung versuchten die nordamerikanischen Delegierten für Porto Alegre auf einer Vorkonferenz am 8. Mai in Minneapolis die Frage etwas hemdsärmelig zu lösen. Der Generalsekretär des amerikanischen Nationalkomitees des LWB, *P. Empie* (New York), erklärte: „Entweder gehen wir nach Brasilien, oder wir lösen den LWB auf.“ Er habe nie Illusionen darüber gehabt, daß die Fünfte Vollversammlung in einem Lande viel ernten könne, wo Lutheraner praktisch unbekannt sind. Im übrigen würde man schwer irgendwo auf der Welt einen Platz finden, wo Menschen nicht gefoltert werden. Solche Überlegungen scheinen gegenüber den vielen Warnungen, die teilweise auch aus katholischen Kreisen kamen, den Ausschlag gegeben zu haben, trotz der gegenwärtigen politischen Verhältnisse nach Porto Alegre zu gehen. Der Beschluß ist den Leitungsgremien der LWB dennoch nicht leicht gefallen.